Die Nationalisierungspolitik der britischen Arbeiterregierung und ihre unberufenen Kritiker

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **42 (1950)**

Heft 6

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-353447

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Pelz- und Lederarbeiter) werden wahrscheinlich noch beträchtliche Schwierigkeiten bereiten, desgleichen die Gründung neuer Organisationen, bzw. die eventuelle Eingliederung der freigewerkschaftlichen Arbeiter der vom Ausschluss betroffenen Verbände in bereits bestehende Organisationen.

« Die Säuberungsaktion », so schreibt das Organ des CIO, « ist noch lange nicht beendigt. Es wird noch einige Zeit dauern, bis die Verfahren durchgeführt sein werden und auf Grund ihrer Resultate von der Exekutive Beschlüsse gefasst werden können. » ... « Einige der Verbände oder alle werden den Rechtsweg beschreiten und Einhaltebefehle gegen den Ausschluss zu erwirken versuchen. » ... « Die Kommunistische Partei der USA weiss, dass die kommunistischen Parteien der ganzen Welt schärfste Kritik an ihr üben werden, wenn sie ihren Einfluss und ihren Halt in der amerikanischen Arbeiterbewegung verliert. » ... « Obwohl die kommunistischen Führer begreiflicherweise in bezug auf die Zukunft des Blocks der Linken im CIO ziemlich pessimistisch eingestellt sind, prophezeien sie doch nicht die Gründung einer neuen Gewerkschaftszentrale. » *Paul Miche*, Washington.

Die Nationalisierungspolitik der britischen Arbeiterregierung — und ihre unberufenen Kritiker

In England hat sich eine interessante Entwicklung vollzogen, die den Wahlkampf im Februar weitgehend charakterisiert hat: die von den Konservativen gelegentlich ihrer parlamentarischen Behandlung so heftig bekämpften *sozialen Reformen* der Arbeiterregierung haben sich als *so populär* erwiesen, haben auf die ganze Bevölkerung des Landes einen *so tiefen* Eindruck gemacht, dass sich nun die bürgerliche Opposition entschliessen musste, es mit einer andern Note zu versuchen. Sie hat sich nun *selbst* als Vorkämpferin des Wohlfahrtsstaates aufgeworfen und von all den Dingen, die heute in England zur Selbstverständlichkeit geworden sind — Vollbeschäftigung, Versicherung der gesamten Bevölkerung gegen alle Wechselfälle des Lebens, unentgeltlicher Gesundheitsdienst — behauptet sie, dass sie eigentlich *ihr* Verdienst seien. Wenn diese Tarnung den Konservativen auch nicht den Erfolg gebracht hat, den sie sich versprachen, nämlich *den Sturz der Arbeiterregierung*, so besteht doch kein Zweifel, dass sie, so unehrlich dieses Manöver auch sein mag, ihre Position dadurch verbessert haben. Die Gesinnungsgenossen der britischen Konservativen in der Schweiz haben das noch nicht kapiert und reiten noch immer auf dem *sozial-reaktionären Schimmel*,

von dem die Exponenten des englischen Besitzbürgertums, *wenigstens dem Scheine nach*, längst *abgesprungen* sind.

Aber in *einem* wesentlichen Punkt haben es die Konservativen in Grossbritannien vermieden, das sozialistische Programm in einem verdünnten Aufguss als das *ihre* auszugeben, und das ist *die Nationalisierung der Schlüsselindustrien.* Erstens ist ihnen das natürlich als Exponenten der Dividendenschneider ehrlich zuwider, und zweitens wissen sie, dass zwar jeder mit den positiven Seiten der Vollbeschäftigung und des Gesundheitsdientes *vertraut* ist, sie glauben aber, dass nur die *wenigsten* Leute aus eigener Erfahrung wissen, was für Vorteile dem Land die Ueberführung zum Beispiel des Kohlenbergbaus aus privaten in öffentliche Hände gebracht hat und wie sich die ganze Nationalisierung *praktisch* zugunsten der Erhaltung der Stabilität der Wirtschaft auswirkt. Hier kann also — glauben sie — vorläufig noch mit den leeren und natürlich unwahren Schlagworten gearbeitet werden, dass die « Sozialisierung versagt hat », dass man auf die « doktrinären Experimente der Sozialisten draufzahlen muss » usw. Knapp vor den Wahlen ist den englischen Konservativen in der Person eines Mitglieds der Handelsredaktion der « *Neuen Zürcher Zeitung* » noch ein freiwilliger Helfer erstanden, der in sieben langen Artikeln voll von Vorurteilen und bar jedes Verständnisses für die Notwendigkeiten einer modernen Wirtschaft in der gegenwärtigen Uebergangszeit, das Nationalisierungsexperiment der Labourregierung nach Strich und Faden zerrissen hat. Zur Rede gestellt und mit den unwiderlegbaren Tatsachen konfrontiert, die eine ganz andere Sprache sprechen, wurde er plötzlich weit bescheidener und behauptete treuherzig, doch *nichts anderes* gezeigt zu haben, als « dass selbst in jenen verstaatlichten Industrien wie den britischen Kohlengruben, wo immerhin auch wirtschaftliche Argumente für die Nationalisierung angeführt werden können, durch die Verstaatlichung die bisherigen Probleme noch nicht gelöst und neue Probleme entstanden sind » — was kein vernünftiger Mensch leugnen wird, was aber keineswegs den Inhalt der in der « NZZ » angestellten Betrachtungen ausmacht. Diese sind nunmehr auch noch in Broschürenform erschienen, und man kann also annehmen, dass alles, was in der Schweiz für soziale Reaktion und ungehemmte Profitwirtschaft schwärmt, begierig nach den dort dargebotenen Behauptungen langen wird. Darum mag es von Nutzen sein, wenigstens in den wichtigsten Punkten diesen Behauptungen den *wahren Sachverhalt* entgegenzuhalten.

Für die « Objektivität », mit der der Verfasser der « Streifzüge durch britische Staatsindustrien » (Dr. F. Aschinger) ans Werk gegangen ist, sprechen schon Wendungen wie « von der Verstaatlichung *bedrohte* britische Industrien » oder « Verstaatlichungseingriffe mit besonders *gefährlichem* Charakter ». Da ist wohl die Frage gestattet, *für wen* sie gefährlich sind, ob für die Arbeiter,

die Konsumenten, den Staat oder nur für die Aktionäre? Die Arbeiter zum Beispiel scheinen sich dieser angeblichen Gefährlichkeit absolut nicht bewusst zu sein, denn gerade in allen Kohlenrevieren und Stahlzentren Grossbritanniens hat die Labour Party bei den Wahlen *ausgezeichnet abgeschnitten* und alle Prediger der Gefährlichkeit von Verstaatlichungseingriffen aus dem Felde geschlagen. Natürlich kann man an der Verstaatlichungspolitik des Labourregimes auch *seriöse* Kritik üben, aber zu den seriösen Kritikern kann sich *der nicht* rechnen, der so tut, als wäre in den jetzt von der öffentlichen Hand verwalteten Wirtschaftszweigen alles so lange in schönster Ordnung gewesen, bis die Arbeiterregierung mit ihren « doktrinären » Reformen diese gestört hat. Auch ein Gegner des Verstaatlichungsexperiments könnte zugeben, dass die Kohlengruben seit 20 und mehr Jahren ein *Sorgenkind aller Regierungen* waren, dass der Bergbau unter der vielgerühmten Privatinitiative immer mehr *verfiel,* dass er immer mehr aus einer « kranken » zu einer sterbenden Industrie wurde und so weiter und so fort. Nichts davon hören wir aus dem Munde des Mannes, der bei seinen Streifzügen fast nur ungünstige Eindrücke gewonnen haben will.

Ueberbürokratisierung in der nationalisierten Wirtschaft?

Da ist zunächst der « Alpdruck der Ueberdimensionierung », die Klage darüber, dass durch die Zusammenfassung eines Wirtschaftszweiges in einer Hand, und zwar in der *der Gesamtheit der Bürger,* Mammutkonzerne entstehen, die so gross sind, « dass unter dem Druck des gewaltigen administrativen Ueberbaus in den unteren Stufen die *Entscheidungsfreiheit* und, wo diese theoretisch bestände, auch die Entscheidungs*freudigkeit* schwer beeinträchtigt werden ». Nun besteht natürlich die Gefahr der Ueberdimensionierung und der Bürokratisierung überall, weil das leider einem Hang der menschlichen Natur entspricht, und man würde die Klage darüber, dass es sie auch im Gefüge der britischen nationalisierten Industrien gibt, ernster nehmen, wenn sich die Kritik auch gegen ähnliche Erscheinungen in der *Privatindustrie* wendete, die weit gefährlicher sind, da sich diese jeder öffentlichen Kontrolle entziehen, solange sie nicht aus öffentlichen Geldern *saniert* werden müssen. Aber in Wirklichkeit stehen die Dinge in England so, dass sich sowohl der Gesetzgeber als auch die Exekutive dieser Gefahr *immer bewusst* waren und dass immer wieder versucht wird, ihr durch vernünftige und den Anforderungen einer gesamtstaatlichen Wirtschaftspolitik sich widerstreitende Dezentralisierungsmassnahmen *entgegenzuwirken.* Wie kommt der Berichterstatter der «NZZ» aber auf die « Vermutung — er selbst nennt es so —, dass (im Bergbau) die Betriebsführung auf den unteren Stufen beträchtlich eingeschränkt bleiben muss »? Wie wenig dort Entscheidungsfreiheit und Entscheidungsfreudigkeit *in Wahrheit* beeinträchtigt sind, lehrt ein Blick in den

„Eigentum des Vorstandes der SPD"

letzten Tätigkeitsbericht des nationalisierten Bergbaus (für 1948), der im Buchhandel zu haben ist und in der Presse sowie im Parlament ausführlich besprochen wurde, so dass sein Inhalt keinem Wissensdurstigen verborgen bleiben musste. Der Bericht setzt sich *sehr ausführlich* mit dem beliebten Vorwurf der Bürokratisierung und Ueberzentralisierung auseinander und widerlegt dessen Berechtigung *gründlich:*

> Die regionalen Körperschaften (Divisional Boards) und unter ihnen die Revierleiter haben weitgehende Handlungsfreiheit. Sie können Versuche mit neuer Ausrüstung anstellen, eine neue Schürftechnik ausprobieren, neue Methoden der Entlöhnung nach der Leistung versuchsweise einführen, neue Wege suchen, um die gegenseitige Konsultierung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern erfolgreicher zu gestalten, die Methoden der Organisation zu ändern usw. Sie tun das in der Praxis auch. Die eingeschlagenen Methoden differieren von Revier zu Revier und von Grube zu Grube... Wenige Grubenleiter bekommen Weisungen, wenn überhaupt, von London... Im Jahre 1948 wurden Investitionen in der Gesamthöhe von 40 Millionen Pfund bewilligt, 27 Millionen davon von den regionalen Körperschaften ohne jeden Bezug auf die Zentrale in London, davon 15 Millionen von den Revierleitern.

Besonders komisch wirken die Klagen der « NZZ » über die angebliche *Ueberbürokratisierung* der britischen nationalisierten Betriebe, wenn man sie im Zusammenhang mit dem bald darauf erschienenen und viel zitierten Aufsatz des gleichen Blattes liest, der dieses Uebel und noch viel ärgere Dinge der nach streng *privatwirtschaftlichen* Grundsätzen organisierten und geleiteten « Swissair » vorwirft. Ein halbwegs *objektiver* Betrachter dürfte nicht übersehen, dass zum Beispiel die Vereinigung des Eisenbahnverkehrs und des Strassentransports in eine Hand nicht nur vom *verkehrstechnischen* Standpunkt ein grosser Fortschritt ist, sondern auch *bilanzmässig* den einzigen Weg darstellt, durch Liquidierung jeder Konkurrenz zwischen Schiene und Strasse und Integrierung des lukrativen Strassentransports in das Verkehrsmonopol der öffentlichen Hand die vollkommen natürlichen und nicht nur in England unvermeidlichen Defizite des Eisenbahnbetriebs auszugleichen. Früher wurde der Eisenbahnverkehr in England von vier privaten Gesellschaften betrieben, und es kam nicht zu selten vor, dass auf dem der einen Gesellschaft gehörenden Bahnhof in einer Stadt Güterwagen unbenützt herumstanden, die auf dem Bahnhof der anderen Gesellschaft in der gleichen Stadt dringend gebraucht wurden. Das alles gibt es nicht mehr, seit das Eisenbahnnetz (seit 1. Januar 1948) unter einheitlicher Leitung steht, und man muss wirklich kein Sozialist sein, um dies als einen Fortschritt anzuerkennen. Nicht so der Experte der « NZZ », der vielmehr findet, man könne die Probleme nicht richtig lösen, « solange die oberste Leitung dieser Unternehmungen nicht von den ihr zugemuteten planwirtschaftlichen Funk-

tionen entbunden wird », solange man also nicht das Bemühen aufgibt, das *Chaos der kapitalistischen Produktionsweise durch eine den Interessen der Gesamtheit dienende Ordnung zu ersetzen.* Beim Bergbau ermöglicht nämlich nur die Zusammenfassung aller Gruben in den Händen des « National Coal Board » die Stillegung unproduktiver Gruben, die Ueberführung der dadurch überzählig gewordenen Bergarbeiter in andere Zechen und die Intensivierung der Förderung dort, wo dafür die besten Voraussetzungen gegeben sind.

Kein « persönliches Interesse des einzelnen » in der Gemeinwirtschaft?

Eines der hauptsächlichsten kapitalistischen Argumente gegen die Gemeinwirtschaft, das sich die « NZZ» natürlich nicht entgehen liess, lautet, dass ein verstaatlichter Betriebszweig « in seiner Betriebsführung nicht auch das persönliche Interesse der einzelnen einzuspannen vermag », so dass dieser auf eines der wichtigsten Lebenselemente verzichten müsse, « das die Privatwirtschaft gross gemacht hat und für das der Sozialismus keinen Ersatz zu bieten vermag ». Das ist so ungefähr ein Argument aus dem *Beginn* dieses Jahrhunderts, denn inzwischen hat es sich schon herumgesprochen, dass das persönliche Interesse der einzelnen, oder besser gesagt, der persönliche Einsatz und Arbeitseifer der einzelnen im Zeitalter der Trusts und Monopole oft weniger als nichts bedeutet, und dass nicht einmal mehr das Streben nach privatem Profit *unbedingt* produktionsfördernd wirkt: haben wir es denn nicht erlebt, dass gerade dieses Profitinteresse zur *Stillegung der Produktion* in diesem oder jenem Betrieb, der zu einer kartellisierten Industrie gehört, geführt hat, ohne Rücksicht auf den Schaden, den die Allgemeinheit dabei erlitt? Nur wenn diese *vollkommen entpersönlichten* Kolosse den Erwägungen privaten Profitstrebens entrückt und in den Dienst des allgemeinen Wohls gestellt werden, kann *ein neuer Anreiz* zur Entfaltung persönlicher Initiative und persönlicher Hingabe an die Sache geweckt werden. Die Gemeinwirtschaft bietet also den einzig möglichen, einzig denkbaren Ersatz dessen, was der Privatwirtschaft durch die Entwicklung zum Monopolkapitalismus *abhanden* gekommen ist, und trotz der Kürze der Zeit, die seit der Uebernahme dieser Wirtschaftszweige durch die öffentliche Hand in England vergangen ist, und trotz mancher von niemandem geleugneter Mängel ist der Aufstieg der Produktion in den nationalisierten Sektoren des britischen Wirtschaftslebens ein *eindrücklicher Beweis* dafür.

Günstige Wirtschaftsergebnisse auch nach kapitalistischen Begriffen

Der Redaktor der « NZZ » muss zwar zugeben, wie zweckmässig es erscheint, wenn in der Kohlenindustrie « ganze Divisions (regionale Organisationen) andere finanziell durchschleppen müssen und

dass erst recht zwischen Hunderten von Kohlengruben ein finanzielles Ausgleichssystem besteht », aber er behauptet, dass das einen lähmenden Effekt auf die Initiative der unteren Organisationsstufen und Betriebe haben müsse. Wieder ist es erlaubt, zu fragen, warum er denn nicht, um eine Antwort auf sein Argument zu erhalten, den Jahresbericht der Kohlenindustrie konsultiert hat, in dem er folgendes hätte finden können:

> Es ist das Ziel des Coal Board, auf lange Sicht hinaus jede Kohlengrube soweit wie möglich autark zu machen. Aber wenn man ihnen vorschreiben wollte, über Nacht aktiv zu werden, müsste entweder der Kohlenpreis überall entsprechend jenen Produktionskosten in die Höhe gehen, die von allen Kohlengruben die höchsten sind, was im Widerspruch zu der Politik der Regierung wäre, die auf Stabilisierung der Einkommen und der Preise hinzielt, oder die Kohle müsste auf einem einzigen Markt zu verschiedenen Preisen angeboten werden, wobei es dann dem Zufall überlassen bliebe, ob der Verbraucher teure oder billigere Ware erhält.

Erwägungen *wirtschaftlicher Vernunft* scheinen aber den Verfechtern eines vorsintflutlichen Kapitalismus nicht einzugehen, sonst hätte der Emissär aus der Schweiz kaum gefunden, dass in der britischen nationalisierten Industrie « irgendwelcher Wettbewerbsgeist völlig fehlt » und dass auch das « Rentabilitätsdenken weitgehend abhanden gekommen ist ». In Wirklichkeit sind aber *selbst nach streng privatkapitalistischen Begriffen* die wirtschaftlichen Ergebnisse durchaus *günstig*. Der Bergbau, der vor der Nationalisierung durch *Staatszuschüsse* auf den Beinen gehalten werden musste, wirft jetzt eine *Rendite* ab, was in den sieben langen und ebenso kritischen Artikeln der « NZZ » gerade in einer versteckten Bemerkung zugegeben wird, die verstaatlichte Telegraphengesellschaft « Cable and Wireless » bilanziert einwandfrei *aktiv*, ohne dass die « NZZ » das auch nur erwähnen würde, das Defizit der staatlichen Fluggesellschaften ist im Rückgang begriffen und ihre Situation ist heute *weit günstiger als zum Beispiel die der Swissair*, und die Eisenbahnen weisen so *wie in vielen andern Ländern* und so *wie vor der Verstaatlichung* auch weiter ein Defizit auf. Der Unterschied gegen früher ist nur, dass diese aus *Steuergeldern* berappt werden mussten, während sie jetzt auf Betriebskonto gehen und zur *Abtragung* gelangen werden, sobald sich die Eingliederung des Strassenverkehrs finanziell günstig ausgewirkt haben wird.

Nationalisierung, ein Postulat der wirtschaftlichen Vernunft

Das bedeutet natürlich nicht, dass jene Wirtschaftszweige, die im heutigen Grossbritannien dem Einfluss des Privatkapitals entzogen wurden, nicht *schwere Sorgen* haben und vor *schwierigen Problemen stehen*, die lange noch nicht alle gelöst werden konnten. Aber das Entscheidende ist, dass diese Probleme fast überhaupt *nichts mit der Nationalisierung als solcher zu tun haben* und dass sie

unter dem Privatkapitalismus sich mindestens ebenso gebieterisch eingestellt hätten, dass sie aber dann fast unlösbar gewesen wären. Es sind eben teils Begleiterscheinungen der *allgemeinen Nachkriegsschwierigkeiten* eines Landes, das im Krieg gegen das Dritte Reich die letzten Reserven aufgezehrt hat, teils Folgen alter Sünden der *kapitalistischen* Aera, die man auch in ruhigeren Zeiten nicht im Handumdrehen ausmerzen könnte. Auf die Frage, wie man eine nationalisierte Industrie am besten organisiert, gibt es *keine einheitliche Antwort,* und die britische Arbeiterregierung versucht es bewusst mit *verschiedenen* Organisationsformen. Aber in einer Zeit, in der selbst der Präsident der Vereinigten Staaten die Möglichkeit der Errichtung staatlicher Stahlwerke in dem klassischen Land des Privatkapitalismus öffentlich erwägt, sollte sich selbst ein in der kapitalistischen Vorstellungswelt aufgewachsener Mensch nicht völlig der Einsicht verschliessen, dass die Ueberführung von Betriebszweigen aus privaten in öffentliche Hände *längst aufgehört hat, eine bloss doktrinäre Forderung idealistischer Weltverbesserer* zu sein, sondern vielfach nichts mehr und nichts weniger als ein *Postulat der wirtschaftlichen Vernunft* darstellt. Der Sendbote der « NZZ » ist in die Schweiz mit der Erkenntnis zurückgekehrt, dass zugunsten der vom Parlament beschlossenen Nationalisierung der Eisen- und Stahlproduktion « auch nicht ein einziges stichhaltiges, wirtschaftliches, technisches oder soziales Argument ins Feld geführt werden kann » und dass man sich fragen müsse, « welchen Sinn... die Verstaatlichung dieses Wirtschaftszweiges überhaupt habe ». Die englischen Wähler scheinen trotz des konservativen Geschreis über das « Versagen » der Nationalisierung von solchen Zweifeln doch nicht geplagt zu sein, denn zu den 11,9 Millionen Stimmen, die die Labourpartei im Jahre 1945 aufzubringen vermochte, haben sich im Jahre 1950 noch 1,3 Millionen *mehr* gesellt, und diese Millionen verstehen offenbar noch, was ein zünftiger Nationalökonom nicht verstehen will, *dass wirtschaftliche Stabilität und Vollbeschäftigung nur erhalten werden können, wenn Planwirtschaft besteht und dass es keine Planwirtschaft geben kann, wenn die Allgemeinheit nicht Herrin der Schlüsselindustrien ist,* zu denen Eisen und Stahl unzweifelhaft gehören. Dem Redaktor der « NZZ » gegenüber soll der Sekretär der Stahlarbeiter erklärt haben, diese Forderung sei überholt; uns hat dieser Sekretär (Lincoln Evans) aber zu der Erklärung ermächtigt, dass er in dieser Unterredung *das gerade Gegenteil* dessen gesagt hat, was ihm in Zürich in den Mund gelegt wurde. Dort wurde auch der Versorgungsminister *Strauss* dahin zitiert, « dass künftig bei der Stahlindustrie die nichtwirtschaftlichen Gesichtspunkte — also wohl politische oder gar parteipolitische — stärkere Berücksichtigung finden müssten », während er in Wirklichkeit, wie er uns wissen liess, dem Fragesteller aus der Schweiz erklärt hat, dass bei der zukünftigen Pla-

nung der Stahlindustrie die *sozialen und gesamtstaatlichen Faktoren mitberücksichtigt* werden müssten. Aber warum in die Ferne privater Unterredungen schweifen, wenn das Gute in Form gedruckter Parlamentsprotokolle so nahe liegt? Hat Strauss wirklich kein einziges stichhaltiges Argument gebraucht, als er die Eisen- und Stahlvorlage im Parlament folgendermassen begründete?

> Dann haben wir das Argument, dass wir eine Industrie nicht verstaatlichen sollten, die so prosperiert. Unsere Gegner werden sich ernstlich die Vorstellung aus dem Kopf schlagen müssen, dass unser Nationalisierungsprogramm eine Art von Rettungsdienst für halbbankrotte Privatunternehmungen ist. Unsere Richtschnur ist einfach die: Wenn eine Industrie für das Wohlergehen der Nation von grundlegender Bedeutung ist und wenn es nach vollster Erwägung der in dem einzelnen Fall in Betracht kommenden Umständen klar erscheint, dass sie, falls sie in privaten Händen verbleibt, nicht alles leisten kann, was die Nation von ihr verlangt, dass sie aber bei Ueberführung ins öffentliche Eigentum dazu in der Lage sein wird, dann verstaatlichen wir sie, ob sie bankrott ist oder ob ihre Tresore von Profiten bersten.

Und Stafford *Cripps* hat diese Ausführungen im Unterhaus unter anderem folgendermassen ergänzt:

> Wenn ein grosses Mass monopolistischer Kontrolle in diesem lebenswichtigen Element unserer Industriewirtschaft notwendig ist — und diese Notwendigkeit wird nicht in Abrede gestellt —, dann muss diese Kontrolle öffentlich und nicht privat sein. Eine lebendige und arbeitsfähige Demokratie kann nicht anders handeln. Weiter können wir ... nicht das Risiko auf uns nehmen, dass unsere Versorgung mit Stahl unzulänglich ist, weil es die Industrie von ihrem Standpunkt aus nicht für rentabel hält, sich auf eine Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit einzulassen ...

So sieht also der Mangel an Argumenten aus, die anzuführen oder auch nur anzudeuten in sieben langen Artikeln oder in einer Broschüre von 68 Seiten kein Platz war.

Arbeiter und Konsumenten haben nichts gewonnen?

Es wäre verlockend, nun auf die Ausführungen des Experten der « NZZ » zu dem Verhältnis der *Arbeiterschaft* zur Nationalisierung, zum Einfluss dieser Massnahmen auf die Interessen der *Konsumentenschaft* und zur Frage der *parlamentarischen Kontrolle* nationalisierter Betriebe einzugehen. Aus Raumgründen müssen wir uns das leider versagen. Die Stellung der Arbeitnehmerschaft innerhalb einer sozialisierten Wirtschaft wirft sehr ernste Probleme auf, und wir hoffen, sie einmal an dieser Stelle besprechen zu können. Der Berichterstatter der « NZZ » begnügt sich mit der Aufbauschung alltäglicher Vorkommnisse und mit dem Hinweis darauf, dass auch in nationalisierten Betrieben gestreikt wird, aber er unterlässt die Anführung von Vergleichszahlen, aus denen hervorgeht, dass die

durch Streiks in den ersten drei Jahren des nationalisierten Bergbaus verlorene Zeit *etwa 2 Prozent* derjenigen Arbeitsstunden ausmacht, die *aus den gleichen Gründen* in den ersten drei Jahren nach dem Ersten Weltkrieg verlorengegangen sind. Immerhin kann er « massive Lohnverbesserungen nach der Nationalisierung » nicht verschweigen und muss auch feststellen, dass man *unter der Arbeiterschaft « kaum eine feindliche Stimmung gegen die Verstaatlichung »* findet. Was den *Konsumentenschutz* anbelangt, ist es richtig, dass sich die für die einzelnen Industrien geschaffenen Konsumentenräte noch nicht sehr eingebürgert haben. Trotzdem ist es lächerlich, zu behaupten, dass der Verbraucher in der Profitwirtschaft, « wenn er mit Qualität, Preis oder Bedienung nicht zufrieden ist, den Weg einfach zum nächsten Produzenten findet », während ihm jetzt dieser Ausweg fehle[1]. Für eine Bahnfahrt von London in den Badeort Brighton — um nur eines von tausend Beispielen anzuführen — stand dem Passagier vor der Nationalisierung nur eine einzige Eisenbahnstrecke zur Verfügung, und das ist jetzt ebenso. Die Behauptung, dass der Konsument dem Staatsmonopol gegenüber « weitgehend wehrlos » ist, ist schon deswegen abwegig, weil er ja dem Privatmonopol gegenüber nahezu *absolut* wehrlos ist. Die angeblich unzulängliche *parlamentarische Kontrolle* der nationalisierten Betriebe besteht immerhin darin, dass deren Jahresberichte mit allen Belegen im Druck erscheinen und dem Unterhaus vorgelegt werden, das sie debattiert. Alle wirklichen und vermeintlichen Mißstände können im Laufe einer solchen Debatte vorgebracht werden, aber es ist nicht die Schuld des Systems, dass die Konservativen trotz monatelanger Vorbereitungszeit für diese Debatten bisher nur unwesentliche Querelen und keinerlei ernste Argumente zusammentragen konnten. Hätten sie gute Argumente, dann würden sie mit ihnen nicht hinter dem Berg halten.

Sozialisierung, kein Ziel an sich

Sicher wäre es vorzeitig, nach so kurzer Zeitspanne, wenn die Dinge noch im Fluss sind, rundweg behaupten zu wollen, dass sich das britische Nationalisierungsexperiment *bewährt* habe, obwohl der bleibende Charakter der schon durchgeführten Reformen von niemandem ernstlich in Zweifel gezogen wird. Aber gegenüber den Erfahrungen mit der Privatindustrie hat sich der nationalisierte Sektor zweifellos *schon heute* bewährt. *Die nationalisierte Industrie arbeitet nirgends schlechter und in den meisten Fällen besser als die Privatwirtschaft.* Trotz der enormen Nachkriegsschwierigkeiten ist nahezu überall auch die *Leistungsfähigkeit und Produktivität*

---

[1] Zu welchem Konkurrenten soll zum Beispiel der schweizerische Zementverbraucher den Weg finden, wenn Preis, Qualität und Bedienung beim bisherigen Lieferanten ihn nicht befriedigen?

gestiegen: Im Zivilflugwesen ist die Arbeitsleistung jetzt um 45 Prozent per Angestellten, Tonne und Kilometer höher. Im Bergbau wurde, wie in unbewachten Momenten auch konservative Politiker zugeben, durch die Verstaatlichung *geradezu eine Katastrophe verhindert* und eine Epoche des neuen Aufstiegs eingeleitet. Die Zusammenfassung der gesamten Grubenindustrie in einer Hand hat eine verstärkte und planmässige Mechanisierung der Schächte möglich gemacht, so dass die Arbeitsleistung des britischen Bergarbeiters heute grösser ist als vor dem Krieg — eine Errungenschaft, die kein anderes Land Europas aufzuweisen vermag und die der Hoffnung Raum gibt, dass die noch offenen Probleme Schritt für Schritt ihre erfolgreiche Lösung finden werden. Der Experte aus Zürich vermochte zwar eine Reihe von unstichhaltigen kritischen Bemerkungen zu Papier zu bringen, er war aber nicht in der Lage, *auch nur einen einzigen Vorschlag* zu unterbreiten, wie man mit den Methoden des Privatkapitalismus den Aufgaben, die die Zeit stellt, wirksamer hätte an den Leib rücken können als mit den Methoden der Gemeinwirtschaft, deren Zielsetzung *Herbert Morrison* einmal in die Worte gekleidet hat:

> « Sozialisierung ist kein Ziel an sich, sondern ein Mittel zum Ziel. Was die Regierung sicherzustellen versucht, sind besserer Dienst an der Oeffentlichkeit, grössere Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit sowie die Wohlfahrt und Würde aller Arbeiter. »

Dr. J. W. Brügel (London)

Nachschrift der Redaktion

In einer Polemik gegen den Verfasser des vorstehenden Artikels hat die « NZZ » u. a. behauptet, dieser sei in London « völlig unbekannt », und es sei für ihn bezeichnend, dass er sich in den Mantel des Pseudonyms hüllen müsse. Der umfangreiche Mitarbeiterstab der «NZZ » hat hier offensichtlich als Informationsorgan versagt. Wir hätten ihr die Adresse Dr. Brügels, der seit langem zu unseren Mitarbeitern zählt und wirklich so und nicht anders heisst, gerne gratis und franko geliefert.

AHV-Auskünfte

S. H. in Solothurn. *Zwischen der Schweiz und Italien ist vor einiger Zeit ein Abkommen auf dem Gebiete der Sozialversicherung abgeschlossen worden. Ich habe dazu folgende Frage: Kommt ein italienischer Staatsbürger in den Genuss einer Uebergangsrente, wenn er 1874 geboren ist, sich seit 53 Jahren in der Schweiz niedergelassen hat und bis zum Jahre 1949 Beiträge in die Lohnausgleichskassen und an die AHV bezahlt hat?*

Nach dem AHVG (Art. 42) haben nur die in der Schweiz wohnhaften *Schweizer Bürger* Anspruch auf eine Uebergangsrente, keinesfalls aber ausländische Staatsangehörige. Daran ändert auch das zwischen der Schweiz und Italien abgeschlossene Abkommen auf dem Gebiete der Sozialversicherung *nichts;* dieses Abkommen behandelt nur den Anspruch auf *ordentliche* Renten. Art. 2, Abs. 1, des Abkommens lautet: « Die italienischen Staatsangehöri-